

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 24.02.2022

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:49 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin: Schriftführer/in:	Frau Rothe-Beinlich [REDACTED]

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 06.12.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Bearbeitungszeit Sozialamt Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Mor- genroth hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1173/21

- | | | |
|------|--|----------------|
| 5.2. | Impfstraßen für Kinder
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Rötsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2359/21 |
| 5.3. | Sozialer Wohnungsbau
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Rötsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2469/21 |
| 5.4. | Psychatriebericht
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Rötsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 0203/22 |
| 6. | Informationen | |
| 6.1. | Fortführung und Erweiterung des gemeinwesenorientier-
ten Projektes Th.INKA Erfurt
BE: amt. Leiter des Sozialamtes | 0199/22 |
| 6.2. | Gründung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes
(GPV)
BE: amt. Leiterin des Gesundheitsamtes | 0204/22 |
| 6.3. | Mündliche Informationen | |
| 6.4. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung mit persönlichen Worten bzgl. des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Sie äußerte im Namen aller Anwesenden die tiefe Bestürzung über die Geschehnisse der letzten Tage und bekundete tiefstes Mitgefühl und Solidarität für alle den Krieg betreffenden Menschen. Hiernach begrüßte Frau Rothe-Beinlich alle Ausschussmitglieder sowie Gäste zurück im Rathaus als Veranstaltungsort von Ausschusssitzungen. Zu Beginn der Sitzung waren sieben stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Frau Rothe-Beinlich stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zudem verwies sie auf die neuen Hygienemaßnahmen, nach welchen die Mund- und Nasenbedeckung grundsätzlich getragen werden muss, auch am Platz. Weiterhin wurde erklärt, dass spätestens nach 60 Minuten eine Unterbrechung der Sitzung erfolgen muss, um eine Lüftungspause des Saales vorzunehmen. Des Weiteren bat die Ausschussvorsitzende im Sinne der Infektionsschutzmaßnahmen die Dauer der Sitzung auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es wurden keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung gestellt. Aufgrund des thematischen Zusammenhanges unterbreitete die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, den Vorschlag, den öffentlichen Tagesordnungspunkt 5.4 – Drucksache 0203/22 – Psychatriebericht gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.2 – Drucksache 0204/22 – Gründung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) zu behandeln. Gegen diese Vorgehensweise erhob sich Seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch. Der Tagesordnung wurde einstimmig mit nachstehendem Ergebnis zugestimmt:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 06.12.2021

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Eine Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Behandlung von Anfragen

5.1. Bearbeitungszeit Sozialamt

1173/21

Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Morgenroth

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wurde über die Anwesenheit von Gästen informiert. Durch die Fragestellerin, Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wurden die Sozialarbeiterinnen vom Sozialdienst der Regelschule "Thomas-Mann" Erfurt eingeladen, um einen Einblick in den täglichen Alltag unter Pandemiebedingungen zu gewähren. Auf Nachfragen der Vorsitzenden, wurde den anwesenden Gästen das Rederecht einstimmig erteilt.

Frau Rothe-Beinlich übergab zunächst das Wort an Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt. Frau Röttsch betonte zu Beginn, dass der Anfrage keine Kritik an der Arbeit des Sozialamtes zu Grunde liege, vielmehr die Öffnungszeiten als solches problematisch eingestuft werden. Es sei jedem bewusst, welche Arbeit durch alle Beteiligten in diesen außergewöhnlichen Zeiten zu bewältigen ist. Dennoch wolle man aufklären, vor welchen Problemen derzeit betroffene Leistungsempfänger stehen sowie unter welchen erschwerten Bedingungen beispielsweise Sozialarbeiter versuchen Hilfesuchenden zur Seite zu stehen.

Nach Aussagen der anwesenden Sozialarbeiterinnen habe sich die Anzahl der Leistungsempfänger seit Beginn der Pandemie stark erhöht. Auch bereits vor der Pandemie gab es eine Vielzahl an Schülerinnen und Schülern, welche auf Förderung angewiesen waren. Die nunmehr seit mehr als zwei Jahren stark eingeschränkten Öffnungszeiten des Sozialamtes stellen somit ein enormes Problem dar. Bestimmte Förderungen könnten beispielsweise nur beantragt werden, wenn der Notenspiegel der vorangegangenen drei Monate vorgelegt werde. Da sich die Bearbeitungszeit nunmehr um durchschnittlich bis zu 12 Wochen verlängert habe, entstehen Förderausfälle von mehr als 6 Monaten. Zudem mussten aufgrund der Lockdowns schulische Veranstaltungen, Ausflüge, Reisen etc. verschoben werden, welche nunmehr nachgeholt werden könnten. Die fehlenden finanziellen Möglichkeiten erlaube es jedoch den Schülern bzw. ihren Familien nicht daran teilzunehmen, wenn keine staatliche Unterstützung erfolge. Vor diesem Hintergrund droht nun z. B. die Absage einer Abschlussfahrt, da die Finanzierung nicht gesichert sei. Außerdem bestehe ein immenser Bedarf bei der Unterstützung der komplexen Antragsstellung. Es falle vielen Familien sehr schwer die bürokratischen Hürden selbstständig zu bewältigen. Bereits abgehängte Menschen fallen nunmehr endgültig durch das Raster, aufgrund mangelnden Wissens. Ohne eine persönliche Unterstützung bei der Bearbeitung durch die Sachbearbeiter beim Sozialamt, fallen dringend notwendige Zuwendungen weg.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich für die offene Problemdarstellung, erinnerte jedoch auch an die Beachtung der bundesrechtlichen Vorschriften bzgl. der pandemiebedingten Einschränkungen von Kontakten.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, ergriff das Wort. Die geschilderte Situation sei durchaus bekannt. Auch schon vor der Pandemie war das Fehlen von notwendigen Anlagen bei der Antragsbearbeitung ein grundlegendes Problem. Hierdurch verzögere sich die Bearbeitung oftmals immens, was letztlich zu verspäteten Zahlungen/ Förderungen führe. Zudem muss aufgrund der Landesgesetzgebung auch bei einer Weiterförderung grundsätzlich das vollständige Prüfungsverfahren erneut durchlaufen werden. Es wurde durch den anwesenden Abteilungsleiter – Leistungen – des Sozialamtes ergänzt, dass es zu einem wellenartigen Anstieg der nunmehr durchführbaren schulischen Reisen, Veranstaltungen und Ausflügen gekommen sei. Es sei somit plötzlich eine Flut an Anträgen zu bearbeiten, da alle ausgefallenen Events verständlicherweise nachgeholt werden sollen. Es wurde unter Bezug auf die drohende Absage der benannten Abschlussfahrt das Angebot unterbreitet im konkret geschilderten Fall einen Vororttermin in Schule bzw. einen Termin im Sozialamt schnellstmöglich zu vereinbaren.

Frau Rudolph, sachkundige Bürgerin, ergänzte, dass aus beruflicher Erfahrung festgestellt werden muss, dass bereits die telefonische Kontaktaufnahme häufig nicht einmal zu Stande komme. Hierzu erwiderte Frau Hofmann-Domke, dass auch die digitale sowie telefonische Kontaktaufnahme sprunghaft angestiegen sei. Durch den enormen Anstieg seien die Telefonanlagen sowie Server häufig schnell überlastet. Grundlegend sollte begonnen werden über die notwendigen Öffnungsstrategien zu diskutieren, gab Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., zu bedenken. Die Ansichten der Stadtratsmitglieder über den "Fahrplan zur Öffnung" seien sehr unterschiedlich, erläuterte sie weiter. Es wurde daher um Auskunft gebeten, welche Öffnungsschritte die Verwaltung plane. Eine Öffnungsstrategie wird im Rahmen des Pandemiestabes wöchentlich debattiert. Die arbeitsschutzrechtliche Prüfung ist bereits in Bearbeitung, um die Öffnung zum 20.03.2022 schrittweise zu ermöglichen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, nahm Bezug auf die vom Sozialamt angebotene Notsprechstunde und unterbreitete den Vorschlag diese Termine variabel anzubieten, damit Hilfesuchende verschiedene Zeiten zur Kontaktaufnahme nutzen könnten. Es sei durchaus bekannt, dass aus komplexen Gründen einige Betroffene häufig einen unstrukturierten Tagesablauf haben, also bei starren Zeitfenstern es häufig versäumen Termine pünktlich wahrzunehmen. Außerdem wurde erfragt, aus welchem Grund die im Bürgeramt und der Zulassungsstelle verwendete digitale Terminvergabe nicht auch in anderen Ämtern zur Anwendung komme. Die Lizenz zur Nutzung der Software sei nunmehr ausgelaufen, informierte Frau Hofmann-Domke. Der neue Vertragspartner wurde beauftragt eine Angebotserweiterung auszuarbeiten, damit auch weitere Ämter an die digitale Terminvergabe angebunden werden könnten. Inwieweit dies umgesetzt werden kann, hänge von den zu erwartenden Kosten ab. Sobald neue Informationen bzgl. der Lizenzvergabe vorliegen, werde der Ausschuss umgehend in Kenntnis gesetzt, sicherte Frau Hofmann-Domke zu. Zudem wurde auch auf die bevorstehende Pressemitteilung verwiesen, welche den Ausschussmitgliedern vor Veröffentlichung zugeleitet werden soll. Abschließend lud Frau Hofmann-Domke alle Anwesenden ein, sich gemeinsam den neu geschaffenen Bürgerservice des Sozialamtes anzuschauen.

zur Kenntnis genommen

5.2. Impfstraßen für Kinder
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

2359/21

Die Fragestellerin, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bedankte sich für die Beantwortung. Durch Herrn Kemnitz, sachkundiger Bürger, wurde auf die Fachexpertise der Amtsärztin Bezug genommen. Es wurden weitere Informationen erbeten, aus welchem Grund eine "Impfstraße" für Kinder- und Jugendliche abgelehnt werde. Unter Bezugnahme auf die Beantwortung erklärte die komm. Leiterin des Gesundheitsamtes, man teile mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen die kritische Einstellung zu "Impfstraßen". Ebenso existiere durch die STIKO keine allgemeine Impfempfehlung für Kinder. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist geeignetes und geschultes Fachpersonal unumgänglich, also eine ausführliche Beratung und Aufklärung der Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten sei zwingend erforderlich. Bei sogenannten "Impfstraßen" stehe eine schnelle und unbürokratische Impfung im Vordergrund. Die Patienten haben im Patientengespräch eigenverantwortlich die Möglichkeit sich über Risiken und möglichen Nebenwirkungen zu informieren. Bei Kindern und Jugendlichen sollte das persönliche Vertrauensverhältnis zum behandelnden Arzt und dessen Kenntnisstand über die individuelle, gesundheitliche Konstitution des einzelnen Patienten die absolute Priorität haben.

zur Kenntnis genommen

5.3. Sozialer Wohnungsbau
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

2469/21

Aufgrund der vorliegenden Beantwortung durch den Oberbürgermeister, hinterfragte Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, welche konkreten Ziele die Stadt langfristig verfolge, um die Anzahl von Sozialwohnungen zu erhöhen. Hierzu wurde durch den zuständigen Sachbearbeiter des Dezernats für Kultur und Stadtentwicklung informiert, dass in der vergangenen Dienstberatung des Oberbürgermeisters eine Wohnungsbedarfsanalyse vorgestellt wurden sei. Es sei geplant, diese in den kommenden Wochen dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zuzuleiten. Eine Informationsweitergabe an Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde zugesichert. Vor dem Hintergrund der anstehenden Präsentation im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, einigte sich der Ausschuss auf eine Vertagung der Angelegenheit.

Nach Abschluss der Beratung wurde die Sitzung, aufgrund der notwendigen Lüftung des Sitzungssaals für 10 Minuten, unterbrochen.

vertagt

5.4. Psychatriebericht

0203/22

**Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Aufgrund des thematischen Zusammenhangs erfolgte eine gemeinsame Beratung mit dem TOP 6.2 – Drucksache 0204/22 – Gründung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV):

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, merkte kritisch an, dass das angegebene Zeitfenster von zwei Jahren dringend verkürzt werden müsste. Die Fortschreibung müsse beschleunigt werden. Gerade während der Pandemie sei die Notwendigkeit kurzfristiger, schneller psychologischer Unterstützung unübersehbar erforderlich. Zudem erkundigte sich Frau Röttsch, ob ein spezieller Abschnitt/Bericht für Kinder und Jugendliche geplant sei.

Hierzu erklärte die komm. Leiterin des Gesundheitsamtes gemeinsam mit der zuständigen Mitarbeiterin der Stabstelle Gesundheitsplanung, dass wegen der Pandemie die personellen Ressourcen zur Bewältigung der Corona-Krise gebündelt werden mussten. Somit konnte die Bearbeitung des Psychatrieberichts bishernicht bewältigt werden. Es ist bekannt, dass durch die einschränkenden Maßnahmen während der Pandemie eine erhöhte Beratungslücke bei der psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen entstanden sei. Es ist geplant im Gesundheitsamt spezielle Strukturen zu bilden, um zukünftig entsprechend schnell und effektiv reagieren zu können. Vielmehr wurden bereits verschiedenste Arbeitsgemeinschaften gegründet, um einen gezielteren Austausch zwischen Psychiatern, Psychologen und Beratungsstellen zu koordinieren. Zudem ist im Psychatriebericht ein gesonderes Kapitel für Kinder und Jugendliche vorgesehen.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen bzgl. der Personalressourcen, erbat Herr Paul, sachkundiger Bürger, um Auskunft, ob die angekündigten Anstellungen erfolgt und wenn ja, wie viele Mitarbeiter neu hinzugekommen seien. Hierzu wurde erklärt, dass drei neue Stellen direkt bei der Stadtverwaltung Erfurt geschaffen werden konnten. Diese Mitarbeiter haben bereits seit einiger Zeit ihre Arbeit aufgenommen. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, ergänzte weiter, dass im vergangenen Jahr bereits die ersten Planungen zur Gründung eines GPV auf den Weg gebracht worden sei. Bereits am Montag werde es eine Videokonferenz geben, um die nächsten Schritte zu planen. Insgesamt gab es bis dato breite, positive Rückmeldungen. Weiter sei die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, unter dem Vorsitz des jetzigen Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft des Gemeindepsychiatrischen Verbandes angedacht. Abschließend äußerte die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Wunsch um Weitergabe relevanter Informationen im kommenden Ausschuss bzgl. der angekündigten Videokonferenz.

zur Kenntnis genommen

6. Informationen

- 6.1. Fortführung und Erweiterung des gemeinwesenorientierten Projektes Th.INKA Erfurt 0199/22
BE: amt. Leiter des Sozialamtes

Es bestand kein weiterer Klärungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Gründung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) 0204/22
BE: amt. Leiterin des Gesundheitsamtes

Siehe TOP 5.4 – Drucksache 0203/22 – Psychatriebericht.

zur Kenntnis genommen

6.3. Mündliche Informationen

Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

6.4. Sonstige Informationen

Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, eröffnete die Berichterstattung zur aktuellen Pandemie in der Landeshauptstadt Erfurt. Derzeit liege die Inzidenz für die Stadt bei über 800. Durchschnittlich werden täglich mehr als 200 Neuinfektionen gemeldet. Hiervon müssen mehr als 40 % der Infektionsgruppe "Kinder sowie Erwachsene im Alter bis 25 Jahren" zugerechnet werden. Mit Stand vom heutigen Tag befänden sich insgesamt 35 Personen mit oder wegen Corona in stationärer Behandlung. Ergänzend ergriff die komm. Leiterin des Gesundheitsamtes das Wort und erklärte, dass zur Pandemiebewältigung eine externe Firma akquiriert wurde, um weiteres Personal zu stellen. Auch wurden auf Anfrage bei der Bundeswehr durch diese mehrere Soldaten zur Unterstützung entsandt. Neben Mitarbeitern im Hauptsitz des Gesundheitsamtes am Juri-Gagarin-Ring, ist das eben benannte "externe Team" gemeinsam mit den Bundeswehrsoldaten im neuen technischen Rathaus/Warsbergstraße untergebracht. Auf diesem Wege wolle man allen Mitarbeitern, ob intern oder extern, den größten Dank für die fantastische Arbeit aussprechen. Alle Beteiligten haben die neuen Aufgaben hervorragend angenommen und leisten täglich eine beeindruckende Arbeit. Nichtsdestotrotz darf nicht unerwähnt bleiben, dass nach nunmehr mehr als zwei Jahren die Ausfälle, u. a. wegen Erschöpfung/Burnout, stark zunehmen. Auch ist die Belegschaft des Haupthauses jetzt ebenfalls von einer Vielzahl an Corona-Infektionen betroffen. Auf die nunmehr wieder

steigenden Fallzahlen blicke man auch aus diesem Grund mit Besorgnis. Hinzukommen die sich häufenden Ausbrüche im Pflegebereich. Ein Aufrechterhalten des Betriebes in einer Einrichtung für Betreutes Wohnen war bspw. vergangene Woche nur durch die Hilfe und den Einsatz ehrenamtlicher Helfer möglich. Es muss an dieser Stelle auch den ehrenamtlichen Helfern der größte Dank und Respekt für ihre Unterstützung ausgesprochen werden. Dennoch hat sich durch die angespannte Situation auch herauskristallisiert, dass das Kontaktmanagement keine effektive Lösung mehr zur Eindämmung von Infektionen darstellt. Eine Nachverfolgung sei derzeit auf soziale Einrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser (kritische Infrastruktur), unter Anwendung einer Priorisierungsliste, beschränkt. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Öffnung von Musikclubs und Diskotheken unter 2G+, wurde das Testangebot bis in die späten Abendstunden ausgeweitet, damit eine Testung noch kurz vor dem Club- oder Diskobesuch durchgeführt werden kann.

Durch Frau Hantke, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, wurden die unterschiedlichen Fristen zur Freitestung thematisiert. Nach derzeitiger Gesetzeslage können Kinder bereits am fünften Tag nach Feststellung der Infektion "freigetestet" werden. Hingegen besteht bspw. für das Einrichtungspersonal erst nach sieben Tagen die Möglichkeit eines "Freitests". Hierdurch entstehen Betreuungsengpässe, welche durch Eltern und Erziehungsberechtigte teilweise nicht bewältigt werden könnten. Zudem erinnerte Frau Hantke an den offenen Brief des Elternbeirats der Kindertageseinrichtung "Gartenkinder", aufgrund des prekären Personalmangels (vgl. Drucksache 0321/22). Die Antwort werde durch den Oberbürgermeister am morgigen Tag unterschrieben, erklärte Frau Hofmann-Domke. Bezüglich der unterschiedlichen "Freitestfristen", teile man die Ansicht der Vorrednerin. Ein weiteres Problem stellt zudem die strenge Landesvorgabe dar, dass die Gruppen immer noch fest eingeteilt bleiben müssen und keine kurzfristige Mischung erlaubt sei. Hierzu verwies Frau Hofmann-Domke darauf, dass es sich hier um Landes- sowie Bundesregelungen handele, welche durch die Kommunen umgesetzt und eingehalten werden müssten. Hierzu hinterfragte Herr Pfistner, Fraktion CDU, inwieweit die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen wieder erweitert werden, wenn zum 20.03.2022 die allumfängliche Öffnung in allen Wirtschaftsbereichen erfolge. Eltern werden nun vor das unlösbare Problem einer Vollzeitbetreuung gestellt, da sie wieder uneingeschränkt an ihre Arbeitsstätten zurückkehren müssten, aber in den meisten Einrichtungen noch keine Ganztagsbetreuung ermöglicht werden kann. Gerade diese Thematik werde im kommenden Jugendhilfeausschuss behandelt, sicherte Frau Hofmann-Domke zu. Durch Herrn Mroß, Fraktion SPD, wurde ergänzt, dass in seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses eine gemeinsame Fraktionsarbeit angestrebt werde, um mit der Landesregierung in einen Dialog zu den benannten Problemstellungen zu treten.

Nachdem keine weiteren Redebeiträge vorlagen, beendete die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die öffentliche Sitzung. Die geladenen Gäste verließen den Sitzungssaal, so dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt wurde.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in